

FREISTELLUNG VOM DIENST FÜR DIE AUSÜBUNG DES ÖRTLICHEN POLITISCHEN MANDATS

Rechtsquellen: LKV 23.04.2003 Anlage 4 Artikel 6

Übersicht

für Gemeinderätinnen und Gemeinderäte	100 % Bezahlung	für den Tag, für den der Gemeinderat einberufen ist	mittels entsprechender Bestätigung
	ohne Bezahlung	zusätzlich höchstens 16 Stunden im Monat	
für gewählte Mitglieder der Verwaltungsorgane der Bezirksgemeinschaften oder Konsortien von Gebietskörperschaften, der Verwaltungsräte der Gemeinde-, Landes- oder Verbandsbetriebe usw.	100 % Bezahlung	um an den Sitzungen der Organe der jeweiligen Körperschaft teilzunehmen	mittels entsprechender Bestätigung
	ohne Bezahlung	höchstens weitere 16 Stunden im Monat	
für gewählte Mitglieder in den Gemeindeausschuss oder in das Amt des Präsidenten/der Präsidentin oder Vizepräsidenten/Vizepräsidentin des Ausschusses einer Bezirksgemeinschaft oder des Präsidenten/der Präsidentin eines Gemeinde- oder Landesbetriebes mit mehr als 50 Bediensteten usw.	100 % Bezahlung	um an den Sitzungen teilzunehmen zu können	ohne Bestätigungspflicht
		zusätzlich höchstens 24 = 12 Arbeitsstunden im Monat*	
	ohne Bezahlung	höchstens weitere 16 Stunden im Monat	mittels entsprechender Bestätigung
für alle Bürgermeister und Bürgermeisterinnen und die Assessoren und Assessorinnen der Landeshauptstadt	100 % Bezahlung	für den Tag, an dem der Gemeinderat einberufen ist	mittels entsprechender Bestätigung
		für die notwendige Zeit, um an den Sitzungen der Organe teilzunehmen	ohne Bestätigungspflicht
für alle Bürgermeister und Bürgermeisterinnen und die Assessoren und Assessorinnen der	100 % Bezahlung	zusätzlich höchstens 48 = 24	ohne Bestätigungspflicht

Landeshauptstadt		Arbeitsstunden im Monat*;	
	ohne Bezahlung	höchstens weitere 16 Stunden im Monat	mittels entsprechender Bestätigung
für andere durch Wahl besetzte öffentliche Ämter in den oben angeführten Körperschaften	ohne Bezahlung	um die entsprechenden Aufgaben ausüben zu können	mittels entsprechender Bestätigung

Hinweise

- Die Freistellungen werden von der Schulführungskraft unter Beachtung allfälliger vom Dienstherrn erlassener Richtlinien gewährt.
- Für die Beanspruchung der Freistellungen ist in Absprache mit der Schulführungskraft die Reduzierung des Auftrags möglich, wenn diese Zeit regelmäßig für Amtsstunden, Sprechstunden oder andere Tätigkeiten periodischer Natur verwendet werden. Dieser Umstand ist zu dokumentieren, gegebenenfalls auch mittels Eigenerklärung.
- *Die 24 bzw. 48 Arbeitsstunden pro Monat müssen im Verhältnis Unterrichtsstunde/Verwaltungsstunde 1:1,9 berechnet werden. Dies bedeutet, dass höchstens 12 bzw. 24 Arbeitsstunden pro Monat als Freistellung beansprucht werden können (Sitzung der Landesregierung vom 14.04.2008).